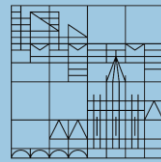


Steuerung und Kontrolle der Kammerwirtschaft

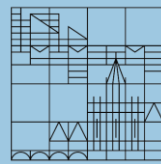
Kammerrechtstag 2013 in Berlin

Dr. iur. Angela Volino LL.M.



- **Kammerwirtschaft ist Mittel zur Erfüllung der Kammeraufgaben** außerhalb der Eingriffsverwaltung (Bindung an Grundrechte)
- **Problem:** Keine spezifischen gesetzlichen Grundlagen

Ausnahme: § 2 Abs. 5 brem. ANKG („Ob“) / mittelbare Aussagen zu Unternehmen
- Keine Analogie zum Kommunalwirtschaftsrecht



Steuerung

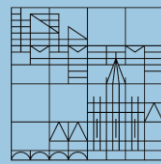
= Einwirken auf
Entscheidungsabläufe

- normative Steuerung durch
Aufgabenfestlegung
- Budgetsteuerung durch
haushaltsrechtliche Vorschriften
- Steuerung durch Organisation
- Selbstverwaltung als
Steuerungsprinzip
(Betroffenenpartizipation)

Kontrolle

= rechtliche Überprüfung getroffener
Verwaltungsentscheidungen

- staatliche Aufsicht
- Finanzkontrolle (z. B.
Rechnungshöfe)
- Gerichtskontrolle
- Kontrolle durch Öffentlichkeit



- **Gewährleistung einer effektiven Betroffenenpartizipation**

= wesentlicher Legitimationsgrund sowohl für das Abweichen von dem Erfordernis der personellen demokratischen Legitimation (Art. 20 Abs. 1 GG) als auch für die Pflichtmitgliedschaft (Art. 2 Abs. 1 GG)

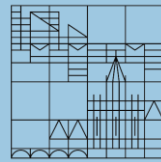
- **Tätigwerden im Rahmen des gesetzlich zugewiesenen Aufgabenbereichs** („legitime öffentliche Aufgaben“)

= hinreichend gesetzlich bestimmt

- **Kontrolle durch Rechtsaufsicht und Gerichte**

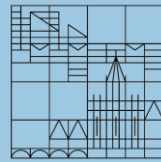
Art. 20 Abs. 1 GG / Art. 2 Abs. 1 GG, Rechtsstaatsprinzip i.V.m. Art. 19 IV GG

- **Steuerungs- und Kontrollfunktion der Betroffenenpartizipation**



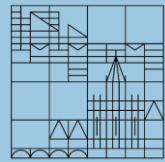
Steuerung durch allgemeine Gesetzesaussagen

- Generalklauselartig formulierte Aufgabenzuweisungsnormen
 - Sachlich **„Gesamtinteresse“** des jeweiligen Wirtschafts- bzw. Berufszweigs
(Wortlaut / Systematik / Entstehungsgeschichte)
= Erkenntnis-, Abwägungs- und Bewertungsprozess
 - Personell
 - Räumlich
- Kammerhaushaltsrecht Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit
(„Subsidiaritätsgedanke“)



Steuerung durch Gesetze außerhalb des Kammerrechts

- Staatliches Haushaltsrecht (BHO/LHO)
= Anwendbarkeit gemäß § 105 Abs. 1 BHO/LHO
 - § 65 Abs. 1 BHO/LHO (Beteiligung an privaten Unternehmen)
 - Wirtschafts- und Haushaltspläne, Rechnungslegung (Transparenz)
- Berufsrecht der rechts- und wirtschaftsberatenden Berufe (§ 59e Abs. 1 BRAO; § 50a Abs. 1 Nr. 1 StBerG)
- Kartell- und Wettbewerbsrecht

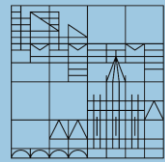


Steuerung durch Selbstverwaltung

- „Organisations- bzw. Ausführungsermessen“

Allgemeine Ermessensgrenzen: Verhältnismäßigkeitsprinzip/Grundrechte
(Abwägung)

- Zuständigkeit des Hauptorgans / Markterkundungsverfahren
- Unternehmenszweck = Kammeraufgabe / Ingerenzpflicht



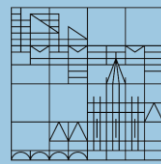
Kontrolle durch Rechtsaufsicht

= Spannungsverhältnis zur Betroffenenpartizipation

i.d.R. **nachträgliche** Kontrolle im Einzelfall

Informationsrecht - Beanstandung - Anordnung – Ersatzvornahme
(gewohnheitsrechtlich)

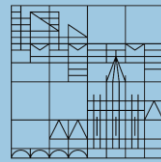
Aufsichtsermessen: Verhältnismäßigkeitsprinzip (einfachrechtlich
geschütztes Selbstverwaltungsrecht)



Kontrolle durch Verwaltungsgerichte (Marktzutritt)

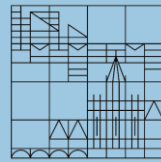
↔ Kontrolle durch ordentliche Gerichte (Marktverhalten)

- Konkurrierende Nichtmitglieder: Verletzung eines subj.-öff. Rechts i.d.R. (-)
Art. 12 Abs. 1 GG (-)
- Rechtsschutzmöglichkeiten von (konkurrierenden) Kammermitgliedern
 - Anspruch auf angemessene Berücksichtigung ihrer Interessen bei der Ermittlung des „Gesamtinteresses“
 - Anspruch auf fehlerfreie Ausübung des „Organisations- bzw. Ausführungsermessens“
 - **Art. 2 Abs. 1 GG** Mitgliederklage (öffentlich-rechtlicher Unterlassungsanspruch)



Entscheidungsspielräume der Kammern

- Beurteilungsspielraum bei der Bestimmung des „Gesamtinteresses“
Arg.: Betroffenenpartizipation (Erkenntnisvorsprung)
- Eingeschränkte Kontrolle des „Organisations- bzw. Ausführungsermessens“ (*Rechtsaufsicht*; § 114 S. 1 VwGO)
- Spielraum bei der Beurteilung der „Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit“
(betrifft nur Kontrolle durch *Rechtsaufsicht*)

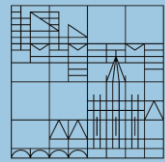


Kontrolle durch Öffentlichkeit

Stärke = frühzeitig, d.h. noch während des Entscheidungsprozesses

Schwäche = keine Bindungswirkung

- „Allgemeine“ Öffentlichkeit nur bei ausdrücklicher Normierung, wird weder vom Demokratie- noch vom Rechtsstaatsprinzip verlangt
 - Zugang zu Informationen nach den **Informationsfreiheitsgesetzen** als Jedermannsrecht
 - **Mitgliederöffentlichkeit**
 - Teilnahme an Sitzungen des Hauptorgans
 - Zugang zu notwendigen Informationen für Mitwirkung
- = Art. 2 Abs. 1 GG / Demokratieprinzip (Betroffenenpartizipation)



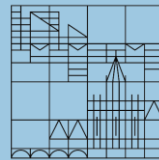
- Abs. 1 Schrankentrias (*inkl. Subsidiaritätsklausel*)

- Abs. 2 Unternehmen in Privatrechtsform
Beteiligungsbericht

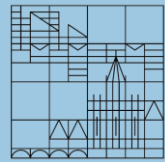
- Abs. 3 Zuständigkeit der Vollversammlung
Markterkundungsverfahren

- Abs. 4 Betätigung außerhalb des Kammerbezirks

- Abs. 5 *Anzeigepflicht*



- (5) ¹Die Landwirtschaftskammer kann zur Erfüllung ihrer Aufgaben eine **Gesellschaft privaten Rechts** gründen oder sich an der Gründung einer Gesellschaft oder an einer bestehenden Gesellschaft beteiligen, wenn
- ein **wichtiges Interesse** der Landwirtschaftskammer vorliegt und der von der Landwirtschaftskammer angestrebte Zweck sich **nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise** erreichen lässt,
 - die Gesellschaft kein erwerbswirtschaftliches Warengeschäft mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen betreibt,
 - die **Haftung** der Landwirtschaftskammer für das Handeln der Gesellschaft auf einen bestimmten Betrag **begrenzt** ist,
 - die Einzahlungsverpflichtungen der Landwirtschaftskammer in einem **angemessenen Verhältnis zu ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit** stehen und
 - die Landwirtschaftskammer einen **angemessenen Einfluss** erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird.
- ²Die **Aufsichtsbehörde** ist vor der Beteiligung zu **unterrichten**.



Vielen Dank für
Ihre Aufmerksamkeit